

(A) **Petra Merkel** (Berlin) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Kein Pathos – keine geballten Fäuste – was aus der einst wichtigsten Debatte im Bundestag wurde“, so lautet ein Zitat aus dem „Tagesspiegel“ vom 30. März 2006. Richtig, die Sensationen bleiben aus. Harte Arbeit ist angesagt. Die Gladiatorinnen und Gladiatoren treten nicht spektakulär gegeneinander in den Ring. Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat ganz eindeutig Auswirkungen auf die inhaltliche Debatte – zumindest auf die, die in den Fachbereichen geführt wird –,

(Otto Fricke [FDP]: Ja, sie wird flacher!)

aber auch auf den Debattenstil; das hoffe ich jedenfalls, langfristig gesehen. Das ist ein positiver Ansatz, der vielleicht auch zu einer besseren **Streitkultur** führt. Daran sind wir sicherlich alle interessiert. Denn wir wollen für den Parlamentarismus und die Parteienkultur werben.

(Beifall bei der SPD)

Diese Entwicklung wäre zwar für die Presse unspektakulär, aber für unsere Arbeit sinnvoller.

Richtig, die große Koalition muss auf die Ränder in unserer Gesellschaft achten. Darauf muss sie aber auch in diesem Haus aufpassen. Die Linke.PDS/WASG ist als Oppositionspartei zur Bundestagswahl angetreten. Wer die Debatte, die wir am Mittwoch dieser Woche zur Außen- und Entwicklungspolitik geführt haben, verfolgt hat, muss zu dem Schluss kommen: Sie sitzt zu Recht auf der Oppositionsbank. Denn von der Fähigkeit, im Bundestag mitzuregieren, ist sie noch weit entfernt.

(B) Für die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen hoffe ich, dass sie den Frust über die verlorene Regierungsbeteiligung so schnell wie möglich überwinden und konstruktive Ideen beitragen – wenn sie nicht die Haltung der FDP einnehmen wollen.

Der FDP muss ich sagen: Sie tun nicht mehr, als immer nur den Slogan „Alle Freiheit dem Markt“ und das Schreckgespenst des Staates zu verbreiten. Das ist zu wenig, um wirklich Einfluss zu nehmen und Veränderungen in Deutschland mit zu bewirken.

(Ulrike Flach [FDP]: Das hätten Sie gerne, Frau Merkel!)

Dazu müssen Sie mit Ihren Vorstellungen erheblich flexibler und moderner, ja freier im Denken werden.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl eine große Koalition bei der Wahl am 18. September 2005 nicht meine Wunschkonstellation war, muss ich nach all den Debatten, die wir in den letzten Tagen in diesem Hause im Rahmen der Einbringung des Haushaltes geführt haben, konstatieren: Ich bin froh, dass Sie von der FDP nicht zusammen mit der CDU/CSU regieren. Das wäre für Deutschland wirklich finster geworden.

(Beifall bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]:  
Und uns finden Sie besser, als gedacht!)

– Erstaunlicherweise. Es gibt keinen Kuschelkurs; das ist ganz klar. Wir haben unterschiedliche Positionen. Aber ich glaube, wir können gemeinsam etwas für Deutschland bewegen. (C)

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Wir sind doch gar nicht so schlimm!)

Wie kann ich als eine der letzten Rednerinnen nach circa 35 Stunden Diskussion unsere Ziele zusammenfassen, die die SPD-Fraktion wie auch die große Koalition insgesamt mit dem Haushalt 2006 verbinden? Besonders wichtig sind für die SPD-Fraktion und für die große Koalition **Reformen für Kinder und Jugendliche**. Ich möchte mich deshalb bewusst an Sie wenden, liebe Jugendliche – vielleicht zappt ein Jugendlicher ja in Phoenix hinein; das wäre nicht falsch –: Ich weiß, Ausbildung ist Ihr Thema. Viele von Ihnen sorgen sich um einen Ausbildungs- oder Studienplatz. Wenn wir Politikerinnen und Politiker es nicht schaffen, Ihre Fähigkeiten, aber auch die Fähigkeiten von kleinen Kindern und von Schülerinnen und Schülern optimal auszubilden, werden unser Land, unsere Gesellschaft und die Wirtschaft keine Zukunft haben.

Dabei darf es keine Rolle spielen, ob Sie als Jugendliche in begüterten Familien leben oder nicht. Die Herkunft darf keine Rolle für Bildung spielen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bildung ist einer der wichtigsten Bereiche, auf den wir Bundespolitiker wenig Einfluss haben; denn vieles ist Sache der Bundesländer. Aber für Berufsausbildung, Wissenschaft und beim BAföG setzen wir auch mit Haushaltsmitteln Schwerpunkte. (D)

Unser **Ganztagschulprogramm** aus der vergangenen Legislaturperiode läuft weiter. Das ist ein großer Erfolg; denn die Impulse auf die Schulen in den Bundesländern sind absolut positiv. Die Schulen in meinem Wahlkreis – ich habe, wie andere Kolleginnen und Kollegen auch, einige besucht – konnten zum Beispiel Mensabereiche endlich ausbauen oder am Nachmittag mit einem guten Betreuungsangebot in renovierten Räumen starten. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Die Reform des Grundgesetzes zur Neuregelung der Zuständigkeiten zwischen den Ländern und dem Bund muss solche Möglichkeiten zur Kooperation zwischen Bund und Ländern weiter zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion wird darauf achten, dass die Jugendprojekte gegen Rechtsextremismus und zur Beteiligung an Demokratie, die Projekte „Entimon“ und „Civitas“, weitergeführt werden und dass die Bundeszentrale für politische Bildung durch Kürzungen nicht in Turbulenzen gerät.

Deutschland wird weltoffen bleiben. Deshalb sind die **Integrationskurse zur Einbürgerung** auch mit den im vergangenen Jahr vorgesehenen Haushaltsmitteln zu finanzieren. Dazu müssen wir im Haushaltsentwurf umschichten, aber nicht draufsatteln.

**Petra Merkel (Berlin)**

- (A) In Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern wird oft das Thema **Rente** angesprochen. Auch hier tritt die SPD trotz aller notwendigen Veränderungen für ein solidarisches System ein. Das allerdings muss an die demografische Entwicklung angepasst werden. Deswegen werden Sie, liebe Jugendliche, auch länger arbeiten müssen. Das Renteneintrittsalter werden wir von 65 Jahren auf 67 Jahre hochsetzen, allerdings schrittweise bis zum Jahr 2029.

Lassen Sie sich nicht von den flotten Sprüchen der FDP verführen, das Geld besser anzulegen, als es in die gesetzliche Rentenversicherung zu investieren. Das geht so lange gut, wie im Leben alles glatt, geschmiert und glücklich läuft. Bei Krankheit, Lebensrisiken und in Zeiten von Arbeitslosigkeit geht das jedoch nicht mehr auf. Deshalb ist ein solidarisches System wie unsere Rentenversicherung unverzichtbar. Allerdings muss es mit der großen Koalition gelingen, die Dynamik der Kosten der Rentenversicherung zu durchbrechen.

Das Nächste, was ansteht, ist die **Gesundheitsreform**, die ja auch Kinder und Jugendliche betrifft. Ich denke allein an die gesamte Aidsprävention. Gerade wenn man mit Jugendlichen diskutiert, ist das immer ein wichtiges Thema. Erforderlich bleibt die Ausrichtung des Gesundheitssystems als gute medizinische Versorgung für alle, gleich welchen Geldbeutels. Nach Auffassung der SPD-Fraktion muss sichergestellt werden, dass dieses solidarische System weiter existiert und erweitert wird. Alle müssen krankenversichert sein.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich bin seit 2002 im Deutschen Bundestag und eines der ersten Gesetze, über das ich mit abgestimmt habe, war das Steuervergünstigungsabbaugesetz, Stichwort: runter mit den Subventionen. Das hat damals die realistische Haushaltspolitik von Hans Eichel bestimmt. Damit hat die rot-grüne Koalition keine Zustimmung im Bundesrat gefunden. Auch das Treten auf die Bremse lief ins Leere.

(Otto Fricke [FDP]: Böse CDU!)

– Na ja, alle von ihr regierten Bundesländer haben da nicht mitgespielt. Auch die FDP hat sich da nicht gerade rühmlich verhalten. Wir würden jetzt 17 Milliarden Euro im Jahr weniger ausgeben.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Immerhin haben wir jetzt in der großen Koalition die damals so umstrittene Eigenheimzulage abgeschafft.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Sie haben sie ersetzt!)

Wenn wir unseren Sozialstaat für die junge Generation erhalten wollen, dann müssen wir die Arbeitslosigkeit durch Wirtschaftswachstum abbauen. Das wollen wir durch das **25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm** erreichen. Wir müssen die Ausgaben reduzieren und werden als Haushälter alles auf den Prüfstand stellen. Ab 2007 werden wir die Einnahmen erhöhen, zum

Beispiel durch die Mehrwertsteuererhöhung und die „Reichensteuer“,

(Otto Fricke [FDP]: Die Versicherungssteuer!)

und Schulden herunterfahren; und zwar in dieser Reihenfolge. Das ist der Realismus von Finanzminister Peer Steinbrück.

Unser 25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm, das durch circa 12 Milliarden Euro aus den Ländern und Kommunen ergänzt wird – insgesamt wird es also circa 37 Milliarden Euro umfassen –, ist auch ein Programm zur Stärkung des Handwerks. So sind das Solar- und das Wärmedämmprogramm für Hausfassaden trotz der vorläufigen Haushaltsführung angelaufen. Dadurch wird Energie gespart und auf umweltfreundliche Technik gesetzt. Darauf legen nicht zuletzt gerade viele Jugendliche Wert. Durch dieses Investitionsprogramm versprechen wir uns mehr Arbeitsplätze und damit mehr Wirtschaftswachstum. Wir erwarten dadurch auch mehr Ausbildungsplätze und damit eine Existenzgrundlage für viele Jugendliche.

Sie merken: Hinter den Zahlen im Bundeshaushalt stecken auch die Lebens- und Zukunftschancen der jungen Menschen in Deutschland. Dafür werden wir jetzt in den Ausschüssen ringen und streiten. Ich wünsche uns allen eine gute Beratungszeit.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile Kollegen Leo Dautzenberg, CDU/CSU, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU – Otto Fricke [FDP]: Endlich mal ein Rheinländer!)

**Leo Dautzenberg (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute, da die viertägige Diskussion und Debatte über den Haushalt 2006 im Plenum zu Ende geht, haben sich die Medien ihre Meinung darüber weitgehend gebildet. Vielen war der Austausch hier zu wenig hitzig und vielleicht zu langweilig; es gab ihnen zu wenig Schlagabtausch im Ganzen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Nun wirklich nicht!)

Sie haben aber die heutige Debatte noch nicht mitbekommen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: So ist es!)

Unabhängig davon, welches Prädikat die Medien für die Haushaltsdebatte 2006 verteilen werden, sicher ist: Jede Haushaltsdebatte – und damit auch die diesjährige – ist ein parlamentarisch herausgehobenes und wichtiges Ereignis; denn durch sie wird mehr als nur ein kritischer Blick auf die Einnahmen und Ausgaben des Staates ermöglicht. Die **grundsätzliche Ausrichtung der Regierungspolitik** wird zum Diskussionsgegenstand gemacht.

(C)

(D)